

Chile: Zurück zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Marxismus und Demokratie sind auf die Dauer unvereinbar lautete der Kommentar des christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Carstens zum Putsch des chilenischen Militärs. Die Wiederherstellung der Demokratie, wie sie sich Herr Carstens vorstellt, haben inzwischen Tausende von Arbeitern, Bauern und Studenten mit dem Leben bezahlt. Seit Wochen veranstaltet die Junta Hetzjagden auf alle, die verdächtig sind mit der gestürzten Volksfront zu sympathisieren – und das ist mehr als die Hälfte aller Chilenen. Ganze Stadtviertel, vorrangig Arbeiterviertel, werden aberriegelt, die Häuser werden systematisch nach fortschrittlicher Literatur und nach Waffen durchsucht. Findet sich etwas, so können die Bewohner sicher sein, sofort verhaftet zu werden. Da die Gefängnisse inzwischen schon total überfüllt sind, werden Inseln und Fußballstadien in KZs umgewandelt. Die Häftlinge, die dort wie Vieh zusammengetrieben werden, erwartet eine Verurteilung durch Militärgerichte, in vielen Fällen die standrechtliche Erschießung. Um Aussagen und Geständnisse zu erzwingen wird gefoltert. Vom Prügeln bis zum Elektroschock werden sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft, Menschen zu quälen. Nachts herrscht in den Städten Ausgangssperre, wer sich auf die Straße wagt, wird niedergeschossen. Alle politischen Parteien und die Gewerkschaften sind verboten. Die Macht liegt einzig in den Händen des Militärs.

Das ist die chilenische Wirklichkeit. Wie kam es zu dieser Situation?

ALLENDE

1969 ging Salvador Allende als Sieger aus den chilenischen Präsidentschaftswahlen hervor. Er stützte sich im Parlament auf ein Bündnis verschiedener linker Parteien, die sogenannte Unidad Popular (Volksfront). Allendes Ziel war es, auf friedlichem Wege eine entscheidende Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen Chiles zu erreichen. Hinter diesem Programm stand die große Mehrheit der chilenischen Arbeiter und Bauern.

Was konnte von diesem Programm verwirklicht werden?

In den Jahren 1969-73 konnte die Arbeitslosenquote von 8% auf 3% gesenkt werden. Ein Sofortprogramm zum Bau von 500 000 Wohnungen wurde eingeleitet. Durch den Ausbau des Unterrichtswesens wurde das Analphabetentum um 50% gesenkt. Die Erweiterung der medizinischen Versorgung ließ die Kindersterblichkeit stark zurückgehen. Der Staat garantierte für jedes Kind einen Liter Milch pro Tag. Das alles waren dringendste soziale Maßnahmen, die jedoch Unsummen von Geld verschlangen.

Zur Finanzierung dieses Hilfsprogramms mußten Schlüsselindustrien, Rohstoffquellen und Banken verstaatlicht werden. Nur die Umwandlung von privatem Besitz in staatliches Eigentum konnte das Abfließen der Profite – besonders fremdländischer Konzerne (ITT, Siemens, Hoechst usw.) – ins Ausland verhindern.

DIE USA

Das ausländische Kapital reagierte auf diese Enteignungen außerordentlich empfindlich. Als Beispiel seien die chilenischen Kupferminen genannt. Nach der Enteignung wurde von der US-Regierung zunächst die Beschlagnahmung des exportierten Kupfers gefordert. Nachdem diese Forderung abgelehnt war, boten die USA ihren gesamten Kupfervorrat auf dem Weltmarkt an. Die Folge war ein rapides Absinken des Kupferpreises. Für Chile bedeutete das einen verheerenden Verlust, da der Kupferexport die bedeutendste Einnahmequelle ist.

DAS BÜRGERTUM

Aber nicht nur das ausländische Kapital sah sich durch Allendes Regierung bedroht. Je mehr es Allende gelang sein soziales Programm zu verwirklichen, desto erbitterter wuchs der Widerstand der Besitzenden im Innern. Die parlamentarische Opposition versuchte konsequent Gesetzesänderungen zu blockieren. Hausfrauen aus der Klasse der

Besitzenden versuchten durch gezielte Gerüchte, Zeitungsmeldungen und organisierte Hamsterkäufe, die Lebensmittelknappheit künstlich zu verschärfen, was in zahllosen Fällen gelang: danach veranstalteten die Damen der Gesellschaft "Hunger"-Demonstrationen. All dies wurde der Volksfront angelastet. Die Fuhrunternehmer führten mehrmals ausgedehnte Streiks durch und verhinderten damit den Transport von Konsumgütern. Die Ärzte traten in Boykott und ließen die medizinische Versorgung zusammenbrechen. Alle gesellschaftlichen Gruppen, deren Privilegien bedroht waren, widersetzten sich mit allen Mitteln den Sozialmaßnahmen der Regierung Allende. Die faschistische Bürgerwehr "Vaterland und Freiheit" verübte Anschläge auf lebenswichtige Versorgungsanlagen (Wasserwerke u.ä.). Ziel all dieser reaktionären Anstrengungen war es, das Land in ein wirtschaftliches Chaos hineinzumanövrieren. Dieses Chaos sollte nach außen die Legitimation bilden für einen Sturz der Allende-Regierung und für die Befreiung des Landes „vom Joch der marxistischen Mißwirtschaft“.

DIE CHILENISCHE LINKE

Bis zum mißglückten Putschversuch im Juni 1973 gab es innerhalb der Linken Chiles teilweise heftige Auseinandersetzungen um das taktische Vorgehen. Während die moskauorientierte KP eine offene Auseinandersetzung scheute und fortwährend zu



Rote Hilfe Erlangen-Nürnberg

ist ein Zusammenschluß linker Arbeiter, Angestellter, Schüler und Studenten. Durch Vermittlung von Anwälten, durch finanzielle Hilfe, soweit es durch Beiträge und Spenden möglich ist, durch Aktionen und Information der Öffentlichkeit über die politischen Hintergründe von Verfolgungs- und Zwangsmaßnahmen versucht die Rote Hilfe allen zu helfen, die ein Opfer der Klassenauseinandersetzungen bei uns geworden sind, unabhängig von deren Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu Gruppen oder Organisationen. Die Rote Hilfe ist organisatorisch unabhängig, denn rote Hilfe ist keine Parteisache.

Arbeitsrechtliche Unterstützung ist uns hierbei genauso wichtig wie wirksamer Kampf gegen die Abschiebung ausländischer Arbeiter und Studenten. Aufklärung über die Zustände in deutschen Gefängnissen und "Heilanstalten" genauso notwendig wie die praktische Solidarität mit den Genossen und Genossinnen im Knast und vor Gericht. Zuschriften und Anfragen an die im Kopf des Infos angegebene Postadresse, finanzielle Unterstützung erbitten wir auf das angegebene Konto.

Zugeständnissen und Bündnissen mit den Christdemokraten bereit war, forderte die MIR (Linke Revolutionäre Bewegung) die Bewaffnung des Volkes und die Bildung von Selbstverwaltungsorganen unter den Arbeitern und Bauern. Gegen den Willen der Volksfrontregierung unterstützte die MIR Enteisungsaktionen von Großgrundbesitzern und die Übernahme des Landes durch besitzlose Bauern.

Nach dem Putschversuch der Militärs traten diese Differenzen in den Hintergrund. Alle fortschrittlichen Parteien versuchten nun gemeinsam, den Widerstand gegen das Bürgertum zu organisieren. Doch diese Anstrengungen kamen zu spät.

DER PUTSCH

Am 10. September bekam Allende eine Galgenfrist, um seinen Rücktritt öffentlich bekanntzugeben. Er weigerte sich und berief sich auf die Kräfte, die ihn unterstützten, die Arbeiter und Bauern.

Darauf begann das Militär den Präsidentenpalast zu bombardieren und zum offenen und brutalen Angriff auf alle überzugehen, die hinter der Volksfront standen.

DIE "BEFREIUNG"

Wie sieht jetzt die wirtschaftliche Situation in Chile aus, nachdem es vom "marxistischen Joch" befreit wurde?

Die Konzerne werden wieder in privaten Besitz übergeführt, die Großgrundbesitzer erhalten ihr Land zurück, die Lebensmittelpreise steigen rasend an (die Preise für Kindernahrungsmittel sind um 300% gestiegen!), ein allgemeiner Lohnstopp wurde verfügt. In den Fabriken muß täglich 4 Stunden Mehrarbeit geleistet werden – ohne Bezahlung. Wer sich weigert, wird sofort entlassen.

In einigen südlichen Provinzen und in den Vororten Santiagos kämpfen Arbeiter- und Bauernmilizen verzweifelt gegen die totale militärische Übermacht. Der friedliche Weg zum Sozialismus wurde durch ein Blutbad beendet.

SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE!

Postscheckkonto Berlin/West
Nr. 380 087 - 108, Elfriede Kohut
Kennwort: Hilfe für Chile

DER PUTSCH UND DIE BRD

Die meisten Bundesbürger, sofern sie nicht gerade vom Schläge des Herrn Carstens sind, haben die Berichte aus Chile voller Empörung über die faschistischen Mörder gelesen und fühlen sich auf der Seite der sich wehrenden Arbeiter und Bauern. Wir alle haben gesehen, wozu die besitzende Klasse eines Landes fähig ist, wenn endlich die seit Jahrhunderten Entrechteten ihre Sache selbst in die Hand nehmen und beginnen, die Privilegien Weniger zum Wohle Aller zu beseitigen. Die internationale Kumpanei der Reichen, der Kapitalisten, der Superkonzerne hat voller Haß zurückgeschlagen.

Viele sagen jetzt, die chilenischen Arbeiter und Bauern hätten sich sofort ausreichend bewaffnen müssen, die ganze Bande von Großgrundbesitzern, Kapitalisten und ausländischen Ausbeutern hätte sofort eingesperrt oder davongejagt gehört; sie denken so wie Frau Allende, die die Ereignisse in Chile als Lektion für die anderen lateinamerikanischen Länder bezeichnete.

Es gibt jedoch auch Stimmen, die mehr oder weniger offen den Putsch in Chile begrüßen und gutheißen. Nicht nur andere Militärregierungen haben die Junta beglückwünscht, auch bei uns reichten die Kommentare der Zeitungen, Politiker und Industriellen von vorsichtigen Worten, die um Verständnis für „die schwierige Lage der Militärregierung“ warben, bis zu infamen Verdrehungen aller Tatsachen. „3 Jahre Marxismus und Chile war

kaputt“ weiß die Bild-Zeitung zu berichten. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt, der innere Frieden würde wiederhergestellt, sie schwärmt von „strengen, inneren Sicherheitsmaßnahmen“, sie wirft den sich wehrenden Arbeitern vor, ihr Kampf gegen das Bürgertum sei barbarisch und verbrecherisch.

Eins zeichnet die Leute aus, die bei uns für die Junta Partei ergreifen: es sind auch hier diejenigen, die über Besitz und Macht verfügen. Ihren Besitz an Produktionsmitteln und an Grund und Boden verwenden sie, um Profit zu machen, um andere auszubeuten. Ihre Macht wird eingesetzt, um diese Verhältnisse zu befestigen und um jedem entgegenzutreten, der die Verhältnisse hier entscheidend verändern will.

ARBEIT UND KAPITAL

Natürlich ist BRD nicht gleich Chile. Aber auch bei uns werden die wichtigsten sozialen und politischen Bedürfnisse und Interessen der Arbeitenden nicht gelöst werden können, solange die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen vom Macht- und Gewinnstreben der Unternehmer bestimmt werden. Wie sonst kann verhindert werden, daß Löhne und Ersparnis durch Inflation ständig enteignet werden? Wie sonst können Krisen beseitigt werden, in denen die absurde Situation eintritt, daß ein großer Teil der Bevölkerung arbeitslos wird und hungern muß, weil im Lande zuviel produziert wird? Im reichsten Land der Welt, den USA, ist Armut schon heute für ein Viertel der Bevölkerung bittere Wirklichkeit.

Lautstarke Proteste von der IG Metall:

Rechtswidriger Einsatz

Polizei ermittelt gegen Streikende — Anweisung des Stuttgarter Innenministers

STUTTGART — Das Innenministerium im CDU-regierten Baden-Württemberg hat die Polizeidienststellen des Landes angewiesen, bei Arbeitsniederlegungen gegen die Streikenden zu ermitteln.

In einem Interview mit dem Südfunk-Fernsehen erklärte Innenminister Karl Schiess, solche Maßnahmen seien notwendig, „um eine Gefahr für die öffentliche Ordnung auszuschließen“.

Die Industriegewerkschaft Metall hat den Einsatz der Ordnungshüter „als rechtswidrigen und mißbräuchlichen Einsatz der Polizei“ bezeichnet. Der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft, Franz Steinkühler, nannte die ministerielle Anordnung einen „einmaligen und beispiellosen Vorgang“.

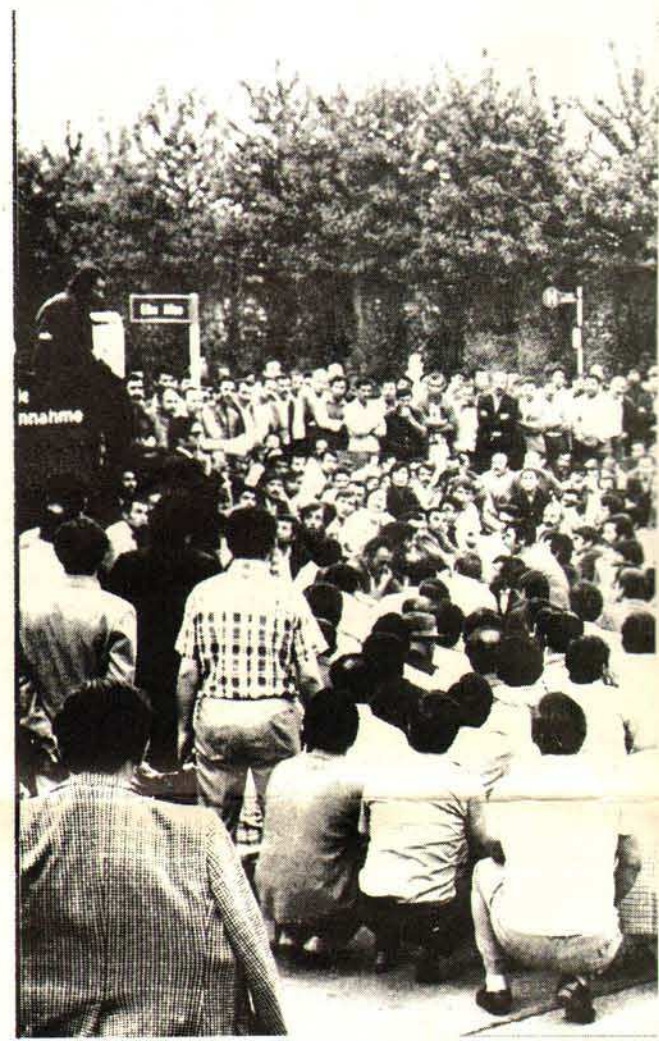
Polizeibeamte hatten nach wilden Streiks in Göppingen, Heidelberg und Karlsruhe insbesondere Nachforschungen nach „Rädelsführern“ angestellt.

So steht auch für uns die Frage: Was geschieht, wenn die Masse der Bevölkerung sich ihrer Lage bewußt wird wie in Chile? Wird dann auch das Militär eingreifen? Chile liegt zwar nicht in Europa: Aber was war 1936 in Spanien? Was geschah in Griechenland nach 1945 und 1968? Was in der Türkei? Wie sehen die NATO-Geheimpläne für die Unterdrückung innerer Unruhen in Italien, Frankreich oder auch der Bundesrepublik aus? Welche Bedeutung haben da die Notstandsgesetze? Sind sie nicht gerade für den Fall zugeschnitten, daß die parlamentarische Demokratie nicht mehr die Privilegien der Kapitalbesitzer schützen kann?

Diese Fragen müssen wir uns stellen. Fertige Antworten darauf gibt es noch nicht. An unserem Arbeitsplatz, im Wohnviertel und überall sonst müssen wir uns überlegen, wie unsere Widerstandsformen auszusehen haben. Der Gang zur Wahlurne alle vier Jahre hat uns noch nie weitergeholfen, an den grundlegenden Verhältnissen ändert er nichts. Und daher haben alle, die direkt von den Segnungen des „Sozialstaats“ betroffen wurden, ihren besonderen Weg des Widerstands entwickelt: die Kollegen, die die wilden Streiks machen, die Mietervereine und Hausbesetzer, viele Tausende Männer, Frauen und Jugendliche in der ganzen Bundesrepublik. Die Betroffenen selber planen ihre Widerstandsmaßnahmen, sie selbst wissen am besten, was zu tun ist gegen Wuchermieten, Preistreiberei, Meister, Antreiber, Polizei, Gerichte, gegen

alle, die auf Kosten der anderen leben wollen und gegen die, die dieses System mit allen Mitteln schützen. Dazu brauchen wir keine Bonner Parteipolitiker und keine Führer neuer, selbsternannter „Parteien der Arbeiterklasse“, ob sie nun DKP, KPD, KBW, KPD/ML oder KABD heißen.

Der Putsch in Chile lehrt uns in aller Deutlichkeit: die bürgerliche Klasse ist und bleibt Träger von Gewalt und Herrschaft. Ferner: die Herrschenden geben ihre Macht nicht nach irgendwelchen „Spielregeln“ auf. Wenn ihre alleinige Machtausübung ernsthaft bedroht scheint, scheuen sich auch bei uns weder Regierung, noch Justiz, noch Polizei, ihre eigenen Gesetze zu verletzen: das Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie es verstehen, also die Garantie für die Beibehaltung der jetzigen Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse, wird um jeden Preis verteidigt. Auch mit illegalen Mitteln und mit Gewalt. Ihre Macht und ihre Vorrechte können nur durch die selbständige Organisation der Arbeitenden angegriffen und überwunden werden.



Seit einigen Wochen treten in verschiedenen Städten der BRD „Rote Hilfen e.V.“ auf, die mit den seit langem bestehenden Roten Hilfen nichts zu tun haben. In ihrem eifrigen Bestreben, alles das zu haben, was die KPD in der Weimarer Republik auch hatte, ist diese neue „Rote Hilfe“ eine weitere Gründung der Gruppe KPD (früher KPD/AO). Hierzu erklärten die kürzlich versammelten Roten Hilfen Deutschlands:

Die Gruppe KPD hat in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ den Aufbau einer eigenen „Roten Hilfe“ angekündigt.

In ihrem Programm wird die Arbeit der neuen KPD/Rote Hilfe als Fortführung der Arbeit des Westberliner Rote Hilfe-Komitees verstanden, welches sich schon mehrfach durch Verteilen von bedrucktem Papier hervorgetan hat. Knastarbeit und die Arbeit mit Gefangenen wird mit einer einzigen Ausnahme – Uli Kranzusch – nicht erwähnt. Indem sie Prozeßvorbereitungen auf die juristische und materielle Ebene beschränkt, orientiert sie sich an dem vorgegebenen Rahmen der herrschenden Klasse. Aus der Roten Hilfe soll eine Parteiorganisation der KPD werden.

Die Konferenz der Roten Hilfe erklärt, daß die Rote Hilfe unabhängig bleibt, daß sie sich von keinem Zentralkomitee die Ziele und Methoden ihrer Arbeit vorschreiben läßt.

Die Rote Hilfe ist keine Parteisache!

Den Mißbrauch des Namens Rote Hilfe werden wir nicht durch Parteigezänk und Polemik, sondern durch entschlossene Praxis bekämpfen, die sich in Form, Inhalt und Qualität von den spalterischen und phrasenhaften Aktionen unterscheidet.

Rote Hilfe:

Kassel, Wetzlar, Marburg, Frankfurt, Karlsruhe, Berlin, Erlangen-Nürnberg, Würzburg, München, Stuttgart, Bonn, Köln, Hamburg, Baden-Baden, Freiburg, Darmstadt, Tübingen, Dortmund.

Ausführliche Literatur

zu allen hier angesprochenen Themen – Broschüren, Zeitschriften, Bücher zu Lateinamerika, zu Chile, zum Klassenkampf in Westeuropa und in der „Dritten Welt“ gibt es in den sozialistischen Buchläden:

BÜCHERKISTE NÜRNBERG, Jakobstr.26
POLITLADEN ERLANGEN,
Hindenburgstr.17